

17.12.2019

Änderungsantrag

der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung)

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8150

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

hier: Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter

**Titel 633 20 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für
Integrationsmaßnahmen aus der Integrationspauschale des Bundes**

Erhöhung des Baransatzes

2020
von 0 Euro
um 151.200.000 Euro
auf 151.200.000 Euro

Begründung:

Datum des Originals: 17.12.2019/Ausgegeben: 17.12.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bund und Länder haben sich mit Blick auf das Auslaufen der bis 2019 befristeten Integrationspauschale des Bundes auf eine neue Flüchtlingsfinanzierung verständigt. Statt der bisherigen 432 Millionen Euro, die in 2019 nach langem Ringen vom Land vollständig an die Kommunen weitergeleitet wurden, fließen jetzt nur noch 151 Millionen Euro vom Bund an das Land. Das Land plant, diese Mittel komplett zur eigenen Einnahmeverbesserung zu verwenden, obwohl im Vergleich zum Vorjahr knapp eine halbe Milliarde Euro weniger für die Unterbringung und Integration aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Kommunen hingegen, die seit 2018 vergeblich auf eine Anpassung der FlüAG-Pauschale an die tatsächlichen Kosten warten, müssen nun ab 2020 auch noch vollständig auf die Integrationspauschale verzichten. Ein Sparen des Landes auf dem Rücken der Kommunen und ihrer unverzichtbaren Integrationsarbeit darf nicht zugelassen werden. Daher werden die zusätzlichen Einnahmen komplett an die Kommunen weitergeleitet.

Monika Düker
Arndt Klocke
Verena Schäffer
Mehrdad Mostofizadeh
Berivan Aymaz

und Fraktion